panorama

Wahlhelfer gesucht

Sozialdemokraten und Liberale haben Mühe, ihre Prominenz für den Wahlkampf in Hessen zusammenzutrommeln. Saarbrückens Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, Mitglied im SPD-Vorstand, bleibt dem Verzweiflungskampf seiner Genossen lieber fern: Der Rüstungskritiker fürchtet, von den Grünen zum Kronzeugen gegen die Politik von Ministerpräsident Holger Börner gemacht zu werden. Bei der FDP hat der Bundestagsabgeordnete Hansheinrich Schmidt (Kempten) öffentlich erklärt, daß er seinen Parteifreunden in Hessen nicht zur Verfügung steht.

Jobs in Pullach

Nicht nur der Staatssicherheitsdienst der DDR, auch der westdeutsche Bundesnachrichtendienst (BND) wirbt unter arbeitslosen Jungakademikern um Interesse. Über die „Vermittlungsstelle für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte" reicht das Arbeitsamt Stuttgart Anfragen von Arbeitslosen an eine Adresse „FVD vertraulich Bundesbehörde 8 München 2" weiter, die sich in einem eigenen Anschreiben dann bei den Arbeitslosen als BND-Einstellungsreferat in Pullach enttarnt. Den Arbeitslosen werden Posten der Besoldungsgruppe A13/14 – das entspricht Studien- bzw. Regierungsdirektoren – geboten.

Späth muß sich entscheiden

Der baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Lothar Späth hat die Qual der Wahl, wen er als Nachfolger für den jetzigen CDU-Innenminister Roman Herzog berufen soll. Der Staatsrechtler Professor Herzog soll 1983 Vizepräsident und 1984 Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe werden. Unter drei bereitwilligen Kandidaten kann Späth auswählen: Arbeits-und Sozialminister Dietmar Schlee, 44, hat das Wohlwollen der CDU-Landtagsfraktion. Der CDU-Landtagsabgeordnete Robert Maus, 49, Landrat des Kreises Konstanz, steht sogar bei der eigenen Partei im Ruf, gegen Jusos „und alles, was nach links riecht" (ein Parteifreund), besonders hart anzugehen. Favorit von Späth, jedoch als einziger Anwärter kein Jurist, ist der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Robert Ruder, 48, früher Lehrer an der Landespolizeischule. Der ehrgeizige Ruder ist zwar dem Regierungschef treu ergeben, stößt aber bei der höheren Ministerialbürokratie ebenso auf Ablehnung wie bei der Gewerkschaft der Polizei.

Zitat

„Der Senat geht nicht am Stock und hat auf Wende keinen Bock" (der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi).

USA: Geheime Giftgas-Produktion?

Gegen den Willen der amerikanischen Kongreß-Abgeordneten hat das US-Verteidigungsministerium seine Vertragsfirmen beauftragt, Pläne für eine weitere Nervengasfabrik in den Vereinigten Staaten zu erstellen. Erst vorletzte Woche hatte sich der Kongreß geweigert, dem Pentagon 26 Millionen Dollar für die Produktion von „Big Eye"-Nervengas-Bomben zu bewilligen.

In der geplanten Produktionsstätte, der zweiten neben einer im Bau befindlichen Fabrik in Pine Bluff, Arkansas, sollen monatlich mindestens 100 000 Pfund Chemikalien für die neue chemische Waffe hergestellt werden; der genaue Standort ist bisher noch unbekannt. Die „Big Eye" gehört zum Typ der „binären" Waffen, enthält also zwei aufeinander abgestimmte Substanzen, die erst nach dem Abfeuern verschmelzen und dabei ihre verheerende Wirkung entfalten. Dringt etwa nur eine Spur des Giftes durch die Kleidung auf die Haut, tritt der Tod nach wenigen Sekunden ein.

Da die Bestandteile einzeln keine tödliche Wirkung haben, hält das Pentagon sie bei Lagerung und Transport für sicherer als die herkömmlichen, schon fertig gemischten Kampfstoffe.



US-Infanteristen beim Nato-Gaskrieg-Manöver

Genaue Hinweise zur Herstellung der „Big Eye"-Grundsubstanz „QL" enthält eine 33seitige, detaillierte Beschreibung, die interessierten Firmen vom Material-Beschaffungskommando der Armee in Rock Island, Illinois, zugeschickt wurde.

„Solche Dinge muß man auf Jahre im voraus planen", rechtfertigte ein Armeesprecher den Alleingang des Pentagon, „außerdem glaube ich nicht, daß der Kongreß vorhatte, die Produktion der ‚Big Eye' ein für allemal zu verbieten." Die Mittel für das Projekt stammen nach Aussagen eines C-Waffen-Spezialisten aus dem Sammelposten „Diverse Ausgaben für technische Maßnahmen" des amerikanischen Verteidigungshaushalts vom vergangenen Jahr. Da die Planung der „QL"-Fabrik schätzungsweise nur ein bis zwei Millionen Dollar kostet, sei das Vorhaben bei den Detailberatungen des Wehretats nicht gesondert aufgeführt und beraten worden.

Mitarbeiter des Senats und des Repräsentantenhauses zeigten sich erstaunt über die Auftragsvergabe. Von einer Genehmigung sei ihnen nichts bekannt. Formal, so mußten sie allerdings zugeben, sei das Vorgehen des Pentagon korrekt gewesen: Mit seinem jüngsten Beschluß habe der Kongreß nur die Zustimmung zur Produktion der „Big Eye"-Bombe selbst verweigert.